

## **D-1 Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen: Paragraph 218 StGB streichen!**

Antragsteller\*in: Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei)  
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

Die Bundesregierung hat eine Kommission damit beauftragt Vorschläge für eine zukünftige rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erarbeiten. Mitte April hat diese Kommission aus unabhängigen Expert\*innen aus verschiedenen Fachbereichen die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Frühphase der Schwangerschaft rechtmäßig sein sollten und für Abbrüche in der mittleren Phase der Schwangerschaft dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zustehe, der einen Regulierungsrahmen schafft. Außerdem sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten Schwangerschaft vorgesehen sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr der Schwangeren. Durch diesen umfangreichen Bericht der Kommission und diese einstimmige Empfehlung, liegt es nun an der Politik die nötigen rechtlichen Schritte einzuleiten.

Wir Bündnisgrüne stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Frauen und allen gebärfähigen Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchen sowie den Ärzt\*innen, die Abbrüche durchführen und darüber informieren. Die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der Frauenbewegungen und der Bericht zeigt eindrucksvoll, dass eine Streichung wichtig für die reproduktive Selbstbestimmung von Schwangeren und darüber hinaus auch rechtlich geboten ist. Denn die Regelung ist verfassungsrechtlich, völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu einer Stigmatisierung von Schwangeren und Ärzt\*innen und verschlechtert durch den so

entstehenden

Druck auf die Ärzt\*innen die Versorgungslage für Betroffene. Als legale Behandlung können

Abtreibungen endlich ins Kurrikulum der Gynäkologinnenausbildung einbezogen werden. Auch

würde die Möglichkeit geschaffen den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten

über die Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die überkommene Beratungspflicht für Schwangere fallen zu lassen und einen Rechtsanspruch auf Beratung mit

der Pflicht des Staates, ein Angebot vorzuhalten, gesetzlich zu verankern.

25 Die Rechte von FLINTA\* sind ein Gradmesser für Demokratie. Gerade jetzt, wo  
26 Schwangerschaftsabbrüche in nationalistischen Ländern im Kreuzfeuer stehen,  
27 gerade jetzt, wo

28 die Expert\*innen einer Meinung sind, ist die Legalisierung von  
29 Schwangerschaftsabbrüchen ein

30 dringend gebotenes Zeichen für Demokratie und Gleichberechtigung. In den  
31 vergangenen

32 Jahrzehnten gab es in der Bundesrepublik immer wieder eine gesellschaftliche  
33 Debatte und im

34 Ergebnis wünscht sich die Mehrheit der Menschen eine Entkriminalisierung des  
35 Schwangerschaftsabbruchs. Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ zeigt,  
36 dass 80

37 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein Schwangerschaftsabbruch nach  
38 erfolgter

39 Beratung rechtswidrig ist. Frauen aus der ehemaligen DDR wünschen sich endlich  
40 die

41 reproduktiven Rechte zurück, die sie bereits hatten. Und Frankreich zeigt, wie es  
42 gehen

43 kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen  
unlängst in

der Verfassung verankert. Auch in Deutschland ist eine alte Forderung der  
Frauenbewegung und

längst überfällig, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu  
legalisieren und

für Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase der  
Schwangerschaft eine

angemessene Regelung zu finden. Wir haben auf Bundesebene die historische Chance,  
mit der

SPD und der FDP diese überfällige Reform umzusetzen. Unsere Koalitionspartner im  
Bund müssen

jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und die Entkriminalisierung zeitnah mit  
uns auf

den Weg bringen. Wir Bündnisgrüne appellieren an FDP-Bundesjustizminister  
Buschmann, zeitnah

einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

44 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit  
45 der  
46 liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem Kommissionsbericht  
jetzt eine  
gute Grundlage um endlich zu handeln!

## Begründung

Bericht der Kommission: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/kommission-zur-reproduktiven-selbstbestimmung-und-fortpflanzungsmedizin-legt-abschlussbericht-vor-238414>

Aktuelle Informationen zur Versorgungslage in der ELSA-Studie:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/handlungsfelder/forschungsschwerpunkte/ungewollte-schwangerschaft/elsa>

Zum Thema gesellschaftliche Mehrheiten: Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ zeigt, dass 80 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein Schwangerschaftsabbruch nach erfolgter Beratung rechtswidrig ist.

Die Kommission hat ihre Ergebnisse erst nach unserer Frist für eigenständige Anträge vorgestellt - am 15.04.24.

<https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/abschlussbericht-der-kommission-zur-reproduktiven-selbstbestimmung-und-fortpflanzungsmedizin>

## Unterstützer\*innen

Landesvorstand (LV Berlin), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei), Stefanie Klank-Podlich (KV Berlin-Kreisfrei), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vivian Weitzl (KV Berlin-Neukölln), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Anika Wiest (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Leonie Köhler (LV Grüne Jugend Berlin), Hanne Heid (KV Berlin-Pankow), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln), Antonia Tretter (KV Berlin-Neukölln), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Lena Buchenau (KV Berlin-Mitte), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-

Kreisfrei), Lucie Schröder (LV Grüne Jugend Berlin), Filiz Keküllüoglu (KV Berlin-Lichtenberg), Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte), Chantal Münster (KV Berlin-Kreisfrei), Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Kreisfrei), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Janina Müttel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Clara Kölmel (LV Grüne Jugend Berlin), Philipp Läufer (KV Berlin-Mitte), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf), Anton Zagolla (LV Grüne Jugend Berlin), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin)